

Sinnhaftigkeit von Einsparpotenzialen bei Medikamenten?

Das „Salzburger Pilotprojekt“ ist der falsche Ansatz

Was demnächst in Salzburg startet, soll in ganz Österreich kommen. Ärztinnen und Ärzte sollen zur Verschreibung des „günstigsten“ Präparates gezwungen werden, sonst drohen Strafen.

„Was auf den ersten Blick für den Laien zielführend scheint, birgt große Detailprobleme“, so Dr. Christoph Reisner, Ärztekammerpräsident in Niederösterreich. „Ganz abgesehen davon, dass die Preise vieler Medikamente beinahe täglich schwanken, ist dieser Ansatz ein Eingeständnis, dass Gleiches vielleicht doch nicht gleich ist“, so der Ärztekammerpräsident weiter.

Beim vorliegenden Ansatz geht es überwiegend um die Verschreibung von Generika, also wirkstoffgleiche Medikamente verschiedener Hersteller. „Wenn erwiesen wäre, dass alle Medikamente einer Wirkstoffgruppe gleich wären, könnte man problemlos den „billigsten“ als einzigen überhaupt erlauben. Dann wäre man die Probleme wirklich los. Mit dem Salzburger Ansatz der „Wahlmöglichkeit“ verschiebt man jedoch die gesamte Verantwortung zu den Ärztinnen und Ärzten und setzt diese auch noch finanziell unter Druck.“

Gleiches ist offenbar doch nicht gleich

Ganz abgesehen davon, dass Präsident Dr. Reisner die nachhaltige Kostenreduktion dieser Maßnahme in Frage stellt, fordert er die Entscheidungsträger auf, endlich Farbe zu bekennen: „Die Gesundheitspolitik muss entscheiden, ob sie die beste oder die billigste Versorgung für die Versicherten haben will. Aber nicht auf dem Rücken der verschreibenden Ärztinnen und Ärzte, die gesetzlich dazu verpflichtet sind, die beste Versorgung zu leisten. Einen Strafrichter interessiert es im Zweifelsfall wenig, ob ein Medikament ein paar Cent billiger war als ein anderes.“

Um eine nachhaltige Reduktion der Arzneimittelkosten zu erzielen, sind aus Sicht des Ärztekammerpräsidenten andere Ansätze, nämlich echte Reformen gefragt. Nach wie vor ungelöst ist beispielsweise das Problem der unterschiedlichen Verschreibemodalitäten im Spitalbereich und bei den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten. „Während im niedergelassenen Bereich längst strenge Verschreiberichtlinien existieren, die auch dafür sorgen, dass Österreich im Vergleich zum OECD-Schnitt sehr gut liegt, gelten in den Krankenhäusern keinerlei Richtlinien was die wirtschaftliche Anwendung von Medikamenten betrifft“, so Präsident Dr. Reisner.

Ärztekammer fordert Verbot von Gratis- und Billigliefierungen an Spitäler

So werden für ein und den selben Patienten in den Krankenhäusern mit Selbstverständlichkeit Medikamente verschrieben, die vom niedergelassenen Arzt nicht weiterverordnet werden dürfen oder aufwendigen Restriktionen wie der Chefarztbewilligung unterliegen. Den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten bleibt jedoch oft nichts anderes übrig, als den Patientinnen und Patienten das gewohnte Medikament, auf welches sie eingestellt sind, als Folgemedikation zu verschreiben.

„Der Grund ist klar: Die Pharmaindustrie macht sich genau diesen Umstand zu Nutze und verschenkt Medikamente in großem Umfang an die Krankenhäuser“, so Präsident Dr. Reisner. „Sollen wir Ärztinnen und Ärzte wirklich für diese Versäumnisse der Politik finanziell verantwortlich gemacht werden? Solche Praktiken müssen aus meiner Sicht unverzüglich unterbunden werden“, so der Ärztekammerpräsident. Auch im benachbarten Deutschland befasst man sich schon damit, diese Praxis einzustellen, die man dort treffend „Anfüttern“ nennt.

Politik muss endlich Farbe bekennen

Ärztinnen und Ärzte sind gesetzlich verpflichtet, Medizin „state of the art“ zu betreiben. Zur Medizin gehört auch die Medikation. Die Sozialversicherung ist ihren Pflichtmitgliedern gegenüber zur Bereitstellung medizinischer Leistungen verpflichtet. „Wir Ärztinnen und Ärzte verschreiben Medikamente, weil uns die gesetzliche Situation dazu verpflichtet, Medikamente als Teil der Therapie im Sinne der Patientinnen und Patienten einzusetzen. Wir sind daher nicht die Kostentreiber, wie uns oft unterstellt wird. Daher dürfen uns die explodierenden Medikamentenkosten nicht angelastet werden. Eine „Bestrafung“ der Ärztinnen und Ärzte in Bezug auf ihr Verschreibungsverhalten ist rechtlich und moralisch nicht zu verantworten und daher abzulehnen“, so Präsident Dr. Reisner weiter.

Aus seiner Sicht hätten die politisch verantwortlichen genügend Möglichkeiten, Medikamentenkosten echt und nachhaltig zu reduzieren. „Dafür müsste man aber Farbe bekennen und echte Reformen einleiten. Sich auf dem Rücken der Ärztinnen und Ärzte mit Alibiaktionen zu befassen, scheint hingegen ein bequemer und vor allem politisch gangbarer Weg zu sein“, so Präsident Dr. Reisner abschließend.

Presseinfo vom 2. Oktober 2009